

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Holme- und Emnepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Zählerbrück, Königs, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl. Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Bohl & Co., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 21

Inseratspreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 8 Reichspennig für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 40 Reichspennig. Offertage bühren 30 Reichspennig und Porto.

Halver

Mittwoch, den 25. Januar

Ersteinstellung: werktätlich. Bezugspreis monatlich. Mk. 1.85 einschl. 30 Pfg. Postgeb. u. 36 Pfg. Zustellgeb. — Postcheckkonto: Dortmund 2941. —

1933

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Über die Lösung der politisch-parlamentarischen Verhandlungen haben neue Parteibesprechungen stattgefunden.

* Die Kälte in Europa hat noch zugenommen. Aus verschiedenen Gegenden Deutschlands werden über 20 Grad Kälte gemeldet.

* Der Völkerrundrat ist in Genf zu seiner 70. Tagung zusammengetreten.

Gebrochenes Recht.

Seitdem es ein Minderheitenrecht gibt, ist es gebrochen worden! Selbst der frühere französische Außenminister Briand, dem von mancher Seite ein größeres Entgegenkommen Deutschland gegenüber nachgesagt worden ist, hat in Genf auf dem Völkerrundrat sich einmal sehr unvorsichtig gegen die „fortdauernden lästigen Beschwerden“ namentlich der deutschen Minderheiten geäußert. Auch der deutsche Versuch, 1930 im Anschluß an die Annahme des Young-Planes mit Polen zu einer Verständigung zu kommen, durch die die Deutschen jenseits unserer Ostgrenze wenigstens einigermaßen vor den Polonisierungsmassnahmen geschützt werden sollen, scheiterte sehr bald. Neue deutsche Protestnoten mußten im Völkerrundrat überreicht werden, und so ganz vergessen ist es doch noch nicht, daß Ende des Jahres 1930 die Reichsregierung wieder in Genf über die Wahlbeeinflussung, über Gewalttate, und vor allem über das Versagen des behördlichen Schutzes in Polen gegenüber der deutschen Minderheit Beschwerde erhoben worden ist. Erst dauerte es aber wieder in halbes Jahr, ehe man sich in Genf dazu entschließen konnte, diesen deutschen Beschwerden recht zu geben; die Rolle, die der damalige polnische Außenminister Jazewski vor dem Völkerrundrat spielen mußte, war wirklich nicht sehr beneidenswert! Außerdem mußte Deutschland der Internationale Schiedsgerichtshof im Haag unaufhörlich angerufen werden, der aber auch schließlich nur zugunsten der Deutschen Recht sprechen, ihnen aber kein Recht verschaffen konnte.

Die sogenannte Agrarreform gibt seit Jahren den polnischen Behörden die Möglichkeit, deutsche Güter zu enteignen, um sie zur Aufteilung zu bringen. Alle deutschen Proteste hiergegen haben zu nichts geführt, obwohl die Listen der zu enteignenden Güter in Polen fast ausnahmslos deutsche Namen aufwiesen. Beim Völkerrundrat hat man für die Behandlung der Minderheitenbeschwerden vor einigen Jahren, angeblich zur Beschleunigung der Prozedur, einen Ausschuss von drei Delegierten gebildet, der aber auch nicht schneller arbeitet, als sein Vorgänger, der Völkerrundrat, selbst es tat. Nun schlägt eine deutsche Note an alle Ratsmächte in Genf vor, „die gesamten seit Jahren vor dem Völkerrundrat anstehenden, das Deutschland in Polen unmittelbar berührenden Fragen nunmehr zur endgültigen Entscheidung direkt vor den Internationalen Haager Schiedsgerichtshof zu bringen“.

An und für sich bedeutet dieser deutsche Antrag nichts anderes als die Feststellung: Es ist zu spät geworden, in Genf den Minderheiten ihr Recht verschaffen zu wollen, denn dort spricht nicht das Recht das entscheidende Wort, sondern die Politik. Als Deutschland vor sieben Jahren Mitglied des Völkerrundes wurde, ist dies nicht zuletzt deswegen geschehen, weil die deutsche Regierung vor dem Forum in Genf den Übergriffen gegen die deutschen Minderheiten entgegenwirken wollte. Wir haben dabei Enttäuschungen über Enttäuschungen erlebt, nicht bloß immer wieder mit den Polen, sondern mit einer noch weit empfindlicheren Form, z. B. in der Memelfrage. Ferner ist gerade jetzt in einem Prozeß, der in Warschau gegen einen bekannten polnischen Politiker geführt wurde, massenhaftes Material darüber vor die Öffentlichkeit gebracht worden, wie die polnischen Behörden, an ihrer Spitze der ostpreussische Wojwode Gracynski, den Kampf gegen das dortige Deutschland führen.

Alle deutschen Anstrengungen, über den Völkerrundrat unseren Volksgenossen jenseits der Grenze zu helfen, sind zur Erfolgslosigkeit verurteilt, weil selbst die Entscheidungen des Haager Schiedsgerichtshofes von den polnischen Behörden oft genug einfach beiseitegelegt wurden. Dann erscheint der betreffende „Fall“ von neuem beim Völkerrundrat und kann dort wiederum eine lange, aber vergebliche Leidenszeit der „Behandlung“ durchmachen.

Zu dieser Art, das Recht der Minderheiten zu mißhandeln, obwohl es im Völkerrundratsstatut und zahlreichen Verträgen feierlich „niedergelegt“ ist, paßt es ganz ausgezeichnet, wenn im Präsidium der Abrüstungskonferenz der tschechische Außenminister Beneš die gegen die Regierungen ihres Landes beschwerdeführenden Minderheiten mit jenen Landesverrättern auf die gleiche Stufe stellt, die dem zukünftigen internationalen Kontrollausschuss über geheime Rüstungen des eigenen Landes Mitteilungen machen und dafür — Straflosigkeit haben würden!

Die Millionen Deutscher, die durch die Grenzziehungen der Pariser „Vorort“-Verträge von der deutschen Heimat abgerissen worden sind, erfüllen ihre staatlichen Pflichten aufs pfeifste: doch was sie auf Grund der „Verträge“ zu fordern haben, ist die Möglichkeit, an der deutschen Sprache und der deutschen Kultur festzuhalten, in der sie geboren sind.

Mehrheitskabinett oder Staatsnotstand

Die Verhandlungen der Parteien.

Bleibt es bei der Reichstagsfraktion?

In Anbetracht des Zusammentritts des Ältestenrats des Reichstages am kommenden Freitag bemühen sich die Reichstagsfraktionen, nach Möglichkeit eine Klärung der politischen und parlamentarischen Lage bis zu diesem Zeitpunkt herbeizuführen. Zu diesem Zweck haben auch am Dienstag weitere Verhandlungen zwischen Vertretern der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen auf der einen Seite und von Nationalsozialisten und Abgeordneten des Zentrums auf der anderen Seite stattgefunden. Hitler, der Berlin bereits wieder verlassen hat, hat den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Göring und Frid Verhandlungsvollmachten erteilt. Allerdings werden die Erfolgsaussichten zur Bildung einer parlamentarischen Regierung noch immer sehr gering eingeschätzt.

Bei den Besprechungen zwischen den Parteien spielt auch die Frage eine Rolle, ob etwa die für den 31. Januar angedachte

Vollziehung des Reichstages nochmals verschoben werden könnte. Die Reichsregierung hat zwar in ihrer letzten Sitzung des Ältestenrats erklären lassen, daß sie unbedingt auf die Klärung des Verhältnisses vom Reichstag zur Reichsregierung Wert lege, und daß sie einer längeren Verschiebung der Reichstagsfraktionen nicht zustimmen könne. Doch tauchen neuerdings wieder Gerüchte auf, daß das Reichskabinett sich vielleicht doch noch mit dem Vorschlag einverstanden erklären würde, die nächste Sitzung des Reichstages erst dann abzuhalten, wenn der Reichshaushalt für 1933 mit zur Beratung vorliegt. Diesen Vorschlag haben bekanntlich die Nationalsozialisten in der letzten Sitzung des Ältestenrates gemacht, ohne daß er allerdings bei den anderen Parteien auf Gegenliebe gestoßen wäre. Weiterhin wird auch wieder der

Gedanke eines Burgfriedens

erwogen, der in Kraft treten soll, falls die Verhandlungen der Mehrheitsparteien doch wieder scheitern sollten. Durch einen solchen Burgfrieden will man evtl. Neuwahlen hinausschieben, falls der Reichstag bei Annahme eines Mißtrauensvotums gegen die Regierung Schleicher aufgelöst werden sollte. Alle diese Pläne befinden sich aber noch im Stadium der Beratung.

Unterdessen wird in der Öffentlichkeit weiter lebhaft über

Die Frage des Staatsnotstandes

diskutiert, der dann eintreten würde, wenn sich im Reichstag keine Mehrheit zu praktischer Zusammenarbeit finden würde. In der Presse der Rechten wird die Meinung vertreten, daß bei einer solchen Lage der Reichspräsident berechtigt sein würde, den Reichstag nach Hause zu schicken, ohne vor der Hand Neuwahlen auszusprechen, da ein arbeitsfähiger Reichstag nicht zustande komme. In den Blättern des Zentrums und der Linken wird indessen gegen solche Pläne lebhafter Widerspruch laut, da sie nach Auffassung dieser Kreise mit der Verfassung nicht zu vereinbaren wären.

Auskunft über die Osthilfe.

Der Reichsernährungsminister im Haushaltsausschuss.

Im Haushaltsausschuss des Reichstages wandte sich Reichsernährungsminister Freiherr v. Braun gegen sozialdemokratische Ausführungen über die Reinerträge der Landwirtschaft. In den Jahren 1928/30 hätten die tatsächlich erzielten Reinerträge in den Kleinbetrieben 50 Prozent, in den Mittelbetrieben 43 Prozent und in den Großbetrieben 34 Prozent der Sollreinerträge der Einheitsbewertung betragen. Man müsse auch berücksichtigen, daß der Reinertrag ohne Berücksichtigung der für Viehkapital zu zahlenden Zinsen berechnet werde.

Der Minister bestritt die Möglichkeit, daß Osthilfegeber an andere Organisationen weitergegeben seien. Von den Landstellenleitern seien zwei entschuldigt worden. Das Entschuldungsverfahren werde lediglich im Interesse der

Weiterführung des Betriebes durchgeföhrt und bezwecke eine Schuldenregelung mit den Gläubigern. Das Entschuldungsverfahren gelte lediglich der Sicherstellung der Ernte. — Ministerialdirektor Reichard gab sodann

Auskunft über Einzelfälle

mit dem Bemerkten, Zifferangaben nur im Unteranspruch machen zu wollen. Kaiserin Hermine befindet sich demnach nicht im Entschuldungsverfahren. Zwei Mitglieder der Familie Schönaich-Carolath würden entschuldigt. Es handle sich um die Prinzessin Margarete und den Prinzen Hans Georg. Die Verfahren seien noch nicht in Arbeit gekommen. Beim Prinzen Schönaich-Waldenburg überlege man sich, ob mit Rücksicht auf die vorhandenen Vermögenswerte überhaupt ein Entschuldungsverfahren durchgeföhrt werde.

Für den Fall v. Weizsäcker sei weder die Osthilfe noch das Ostkommissariat verantwortlich. Der Betrieb sei 1927/28 aus privaten Mitteln umgeschuldet worden, wofür Reich, Preußen und die Provinz die Bürgschaft übernommen hätten. Das gleiche gelte für den Fall Kallstein-Ansbach. Im Falle des Kammerherrn v. Oldenburg-Ranischau sei die Entschuldung abgeschlossen. Ein Entschuldungsdarlehn sei innerhalb der Zinsleistungsgrenze gegeben worden. Herrn v. Oldenburg-Ranischau sei ausbezahlt worden, eines der Güter (Lichterfelde) zur Ansiedlung freigegeben und die Einkommensbeträge unmittelbar zur Abdeckung des Entschuldungsdarlehns zu verwenden.

Nachdem noch über eine Anzahl weiterer Fälle, zu denen vom Haushaltsausschuss Auskunft verlangt worden war, Auskunft erteilt wurde, betonte in der

einbaren wären. Die Reichsregierung läßt im übrigen betonen, daß sie keine Erwägungen über die Erklärung eines Staatsnotstandes anstelle.

Aus sonst gut unterrichteter Quelle verlautet indessen, daß im Schoße der Reichsregierung, falls alle anderen Möglichkeiten versagen würden,

die Erschließung eines neuen verfassungsmäßigen Weges

erwogen wird, wobei man sich nicht an den Begriff Staatsnotstand zu halten brauche. In welche neuen Wege hierbei gedacht ist, wird noch nicht verraten, doch ist es nicht ausgeschlossen, daß man vielleicht an ein Volksbegehren oder ähnliches denkt.

Abgabe der Deutschnationalen an Schleicher.

Die deutschnationalen Reichstagsfraktion veröffentlicht zur innenpolitischen Lage eine Entschließung, deren wesentlicher Inhalt bereits am Sonnabend dem Reichskanzler von Schleicher bekanntgegeben worden war. In der Entschließung heißt es:

Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei ist der Auffassung, daß eine grundsätzliche Entscheidung in einer Reihe von Lebensfragen der Nation, insbesondere eine durchgreifende Lösung der schwebenden Wirtschaftspragen erforderlich ist, um der unerträglichen sozialen Not zu steuern. Dazu muß in erster Linie eine vollständige Neubildung des Kabinetts erfolgen, um die erforderliche Schlagkraft und die Einheitlichkeit der Regierungsführung, und zwar namentlich der Wirtschaftspolitik, sicherzustellen. Allzu lange dauern schon jetzt die mit der Demission des Papen-Kabinetts begonnenen Verhandlungen und Besprechungen in Berlin, um noch Verständnis beim Volke zu finden. Die an sich schon so großen Gegensätze im Lande vertiefen sich immer weiter.

Der unnatürliche Gegensatz zwischen Stadt und Land wird vertieft, während eine wahrhaft fruchtbare Wirtschaftspolitik nur auf der Grundlage des Bewußtseins geföhrt werden kann, daß Stadt und Land eine untrennbare Schicksalsgemeinschaft bilden. Ohne ein Wiederansteigen der nationalen Güterproduktion und damit der Arbeit und der Kaufkraft ist die Lage des deutschen Volkes nicht zu verbessern. In der Wirtschaftspolitik wird ein neues Abgleiten in sozialistisch-internationale Gedankenlängen immer deutlicher. Eine besondere Gefahr bedeutet es, wenn man Gegensätze zwischen groß und klein vor allem in der Landwirtschaft entstehen läßt und dadurch die Gefahr eines Volschwes auf dem flachen Lande hervorruft. Überall taucht der Verdacht auf, daß die jetzige Reichsregierung nichts anderes beabsichtigt als die Liquidation des autoritären Gedankens.

Von dem Zeitpunkt der Demission des Kabinetts Papen hat die Deutschnationalen Volkspartei vor einer solchen Entwicklung ständig gewarnt. Die deutschnationalen Reichstagsfraktion gibt erneut ihrer Überzeugung Ausdruck, daß die Staats- und Wirtschaftskrise nur durch eine starke Staatsführung überwunden werden kann.

Aussprache

u. a. der Zentrumsabgeordnete Erling, die Osthilfe dürfe nur eingreifen, wo nachweislich eine Berechtigung dazu bestehe. Die Mitteilung der Regierung, daß Verwandte der Gattin des Kaisers in das Sicherungsverfahren eingegangen seien, sei geeignet, berechtigtes Vertrauen anzulösen.

Der nationalsozialistische Abgeordnete von Subel forderte statt einzelner Forderungen der Ausfuhrindustrie eine innerlich gesunde Wirtschaft. Auch die Begründete den deutschnationalen Antrag, die bei Durchführung der Umsiedlung dem Mittelstand entstandenen Verluste von einem neuen besonderen Institut übernehmen zu lassen. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Schreiber bezeichnet den Apparat der Osthilfe mit 1400 Angestellten als zu groß.

Der deutschnationalen Abgeordnete von Nestorj wies die Angriffe gegen den Kammerherrn von Oldenburg-Ranischau nochmals energisch zurück. Es habe sich gezeigt, daß dieser Fall durchaus korrekt im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen durchgeföhrt sei. Nachdem noch der kommunistische Hörle erklärt hatte, die Kommunisten würden alles tun, um die Öffentlichkeit über den „Naußzug der ostpreussischen Großgrundbesitzer“ aufzuklären, wurde die Verhandlung vertagt.

Rat und Tat.

Siebzig Völkerrundrats tagungen! Und der Erfolg?

Die 70. ordentliche Tagung der Völkerrundrates, die jetzt in Genf stattfindet, wird wie immer einen umfangreichen Arbeitsplan zu erledigen haben. Aber sie wird ihn wohl wie immer erledigen, d. h. nicht über sachliche Beschlüsse, Überweisung an Ausschüsse, Einsetzung von Kommissionen und wie die anderen schönen Verkleidungen für Verschiebung und Verschleppung heißen mögen, hinauskommen. Auf dem Gebiete der Minderheitenfrage steht von neuem die große Agrarbeschwerde des Deutschums in Polen zur Verhandlung, und infolge des Versagens des Völkerrundes soll die gesamte vor dem Völkerrundrat stehende, das Deutschum in Polen unmittelbar berührende Frage nunmehr zur endgültigen Entscheidung vor den internationalen Haager Gerichtshof gebracht werden. Der neunzehner-Ausschuss des Völkerrundes für den japanisch-chinesischen Konflikt ist in die Erörterung des abschließenden Berichtes an die Vollversammlung einbezogen.

des bisherigen seit 1 1/2 Jahren geführten Versöhnungsverfahrens des Völkerbundes festgestellt und neue Vorschläge für die Konfliktregelung ausgearbeitet werden sollen. Es zeigten sich jedoch erhebliche Meinungsverschiedenheiten. Einige Regierungen, besonders die englische, verlangen, daß die Vorschläge des Entton-Berichtes als die alleinige Grundlage der weiteren Entscheidung angenommen werden, während andere Regierungen, darüber hinausgehend, die offizielle Feststellung des völligen Scheiterns aller Versöhnungsversuche und eine endgültige Entscheidung des Völkerbundes, unabhängig von der japanischen Regierung, fordern. Der Ausschuß beschloß daher, zunächst einen engeren neungliedrigen Redaktionsausschuß einzufügen, der einen Vorschlag für den Bericht auszuarbeiten soll.

Der Vorschlag Hendersons, in Genf eine Zusammenkunft der fünf Großmächte zur Behandlung des auf der Tagesordnung der Abrüstungskonferenz als ersten Punkt stehenden französischen Abrüstungs- und Sicherheitsplanes herbeizuführen, ist an der Ablehnung der französischen Regierung gescheitert. Paul-Boncour soll sich, wie verlautet, energisch dem Vorschlag Hendersons mit der Begründung widersetzen haben, daß nur die Abrüstungskonferenz für die Behandlung der Abrüstungsfrage zuständig sei und sich daher die Besprechung der fünf Großmächte erübrige.

So steht auch die siebzigste Jubiläumstagung des Völkerbundes unter demselben Unstern der Hoffnungslosigkeit wie fast alle vorhergegangenen 69. Die Aussichten, daß irgend etwas Positives bei den Verhandlungen herauskommen wird, sind bisher sehr gering, und auch diese Konferenz wird wohl als Resultat nur neue Konferenzen aufzuweisen haben. Inzwischen geht die Weltgeschichte weiter unbekümmert ihren Gang. Die Tat der Völker macht sich wieder unabhängig vom Rat der Völker. Und das von Rechts wegen!

Kurze politische Nachrichten.

Der Regierungspräsident von Hannover, v. Belsen, ist, vorbehaltlich der Zustimmung des Provinzialausschusses, zum Oberpräsidenten der Provinz Sachsen ernannt und mit der kommissarischen Verwaltung der Stelle des Oberpräsidenten in Magdeburg beauftragt worden.

Der auf Veranlassung des griechischen Staatspräsidenten Jaimis einberufene Senat hat mit 72 gegen 20 Stimmen die Auflösung der Kammer beschlossen. Die Neuwahlen sind auf den 5. März festgesetzt worden.

Weitere 50 Millionen für Hausreparaturen.

In der am Dienstag stattgefundenen Kabinettsitzung ist beschlossen worden, weitere 50 Millionen Mark für Hausreparaturen zur Verfügung zu stellen.

5,966 Millionen Arbeitslose.

Erstmalig keine Überlagerung gegen Vorjahr.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1. bis 15. Januar hat sich in der ersten Januarhälfte die Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr weiter so vergrößert, daß sie erstmals nach fünf Jahren mit der des Vorjahres zusammentrifft. Damit ist die Überlagerung, die seit 1928 in jedem Zeitpunkt gegenüber dem Vorjahr bestand und die Anfang Juni 1932 noch über 1,5 Millionen betragen hat, zunächst überwunden. Nach einer Zunahme von rund 193 000 Arbeitslosen — in der ersten Januarhälfte des Vorjahres fast 300 000 — ergab sich für den Stichtag vom 15. Januar bei den Arbeitsämtern eine Zahl von rund 5 966 000 Arbeitslosen. Im wesentlichen ist dieses Ansteigen der Arbeitslosigkeit in der Berichtszeit auf Witterungseinflüsse zurückzuführen, von denen die landwirtschaftlichen Bezirke des Ostens am stärksten betroffen wurden. Setzt sich die geschilderte Entwicklungsdrehung fort, so kann angenommen werden, daß der vorjährige im Februar gelegene Höchstpunkt nicht mehr überschritten wird.

Nach der Absage der Deutschnationalen.

Was wird der Völkerverrat beschließen?

Die Absage der Deutschnationalen an Schleicher hat insofern eine Klärung gebracht, als nunmehr sicher sein dürfte, daß eine parlamentarische Mehrheit für Schleicher kaum mehr zu erwarten ist, wenn es zu Abstimmungen über die Mißtrauensanträge kommen sollte. In parlamentarischen Kreisen nimmt man daher an, daß auf Grund der deutschnationalen Erklärung Verhandlungen zwischen der DNVP und der NSDAP, stärker in den Bereich der Möglichkeit zu ziehen sind, als dies bisher der Fall war. In parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß in der nächsten Sitzung des Völkerverrats am Freitag, dem 27. Januar, noch einmal der Versuch gemacht werden wird, eine Hinausschiebung des Zusammentritts des Reichstages zu erreichen.

Die Reichsregierung zu der Absage der Deutschnationalen.

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, wird die Regierung auf die heutige deutschnationalen Erklärung bei passender Gelegenheit antworten. In Kreisen, die der Regierung nahestehen, erklärt man, irgendetwas Positives enthalte die Erklärung nicht. Die Tendenz der Erklärung sei wohl die Quittung darauf, daß der Kanzler nicht bereit sei, die Deutschnationalen in die Regierung hineinzu nehmen. Insofern sei die Erklärung allerdings zu begrüßen, als dadurch eine, wenn auch negative Klärung der politischen Lage eingetreten sei, da die Deutschnationalen nunmehr der Regierung eine Absage erteilt hätten.

Aus dem Sofortprogramm.

Vergebung von Aufträgen Anfang Februar.

Die ersten Aufträge aus dem 500-Millionen-Sofortprogramm des Reichskommissars werden in der ersten Februarwoche vergeben werden. Die von der Reichsbahn vorgegebenen 280 Millionen sind bereits vergeben worden, davon 132 Millionen an die Reichsbahndirektionen, während der Rest zentral vergeben worden ist. Auch die Reichspost, die für das Arbeitsbeschaffungsprogramm 34 Millionen angelegt hatte, hat ihre Aufträge bereits vergeben. Dazu kommen noch die weiter beschlossenen heute bewilligten 50 Millionen RM für die Hausreparaturen.

Der Deutsche Landgemeindetag zur Arbeitsbeschaffung.

Der Gesamtvorstand des Deutschen Land-

gemeindetages tagte unter dem Vorsitz von Bürgermeister Lange-Weißwasser in Berlin. An der Sitzung nahmen die Vertreter der Landgemeindevverbände aus Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Hessen, Thüringen, Oldenburg, Anhalt teil. Nach lebhafter Aussprache über das Sofortprogramm zur Arbeitsbeschaffung faßte der Gesamtvorstand einstimmig eine Entschließung, in der es heißt:

Der dem Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung zur Verfügung gestellte Betrag von 500 Millionen Mark für das „Sofortprogramm“ genügt angesichts der Massenarbeitslosigkeit nur für die ersten Arbeiten. Die Landgemeinden fordern im Hinblick auf ihre durch die Wohlfahrtsausgaben entstandene Not, daß der Reichskommissar durch Bereitstellung weiterer erheblicher Mittel in die Lage versetzt werde, ein wirklich durchgreifendes Arbeitsbeschaffungsprogramm in die Tat umzusetzen. Die Landgemeinden begrüßen dankbar, daß das Arbeitsbeschaffungsprogramm zu einer starken Belebung der Privatwirtschaft beitrage und die Gemeinden durch die bevorzugte Beschäftigung von Wohlfahrts-erwerbslosen entlaste, andererseits erschienen aber die in den Durchführungsbestimmungen vom 6. Januar für die von den Gemeinden aufzunehmenden Darlehen festgelegten Bedingungen schwer tragbar. Insbesondere halte sich der Verwaltungskostenbeitrag von einem Prozent der Darlehenssummen nicht in den Grenzen, die von den Gemeinden erwartet werden konnten.

Die Gemeinden verschafften dem Reich durch die von ihnen auszuführenden Arbeiten erhebliche Einnahmen in Form höherer Steuern und neuer Beträge zur Arbeitslosenversicherung. Daher müßten den Gemeinden neben einem beschleunigten durchzuführenden, sozial gerechten Finanz- und Lastenausgleich bis auf weiteres seitens der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung die neu aufkommenden Beiträge und seitens des Reiches die Lohnsteuerbeiträge der neubeschäftigten Arbeitnehmer für die Tilgung der aufgenommenen Darlehen zur Verfügung gestellt werden.

Gemeinschaftsarbeit von Handwerk, Einzelhandel und Landwirtschaft.

Die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels und der Reichsverband des deutschen Handwerks weisen in einer gemeinsamen Eingabe an den Reichskanzler darauf hin, daß jede weitere Ausdehnung des Vollstreckungsschusses zu einer Lahmlegung von Handel und Gewerbe, zugleich aber auch zu einer Kreditabschneidung für die noch gesunden Landwirtschaftsbetriebe führen müsse. Die Hilfe für die Landwirtschaft könne nur darin bestehen, das Mißverhältnis zwischen hohen Gestehungskosten und geringen Erträgen zu beseitigen.

Die Vertretungen des Handwerks und der Kaufleute der Lebensmittelwirtschaft erklärten sich zu einer Gemeinschaftsarbeit mit der Landwirtschaft bereit, um die Vierung marktfähiger, den Bedürfnissen und der Kaufkraft der Verbraucher angepaßter deutscher Erzeugnisse zu vermehren, zu verbessern und zu verbilligen.

Genf.

Abkommen über internationale Rüstungskontrolle mit „Investigationsverfahren“ vom Präsidium der Abrüstungskonferenz angenommen.

Das Präsidium der Abrüstungskonferenz hat am Dienstag das Abkommen über die internationale Kontrolle der Rüstungen mit dem darin vorgesehenen „Investigationsverfahren“ gegen vertragsbrüchige Staaten angenommen. Die Vertreter von Deutschland, Italien, Japan und England meldeten den Generalvorbehalt gegen das gesamte Kontrollabkommen an.

Botschafter Nodolny machte ausdrücklich die endgültige Stellungnahme Deutschlands zur internationalen Kontrollfrage von dem Ausmaß des allgemeinen Abrüstungsabkommens und damit von dem gesamten endgültigen Ergebnis der Abrüstungskonferenz abhängig.

Der große französische Abrüstungsplan wird im Hauptausschuß bevorzugt behandelt.

Das Präsidium der Abrüstungskonferenz hat am Dienstag auf Antrag der französischen Regierung beschlossen, auf die Tagesordnung des am 31. Januar zusammentretenden Hauptausschusses als ersten Punkt den großen französischen Sicherheits- und Abrüstungsplan zu setzen. Botschafter Nodolny beantragte im Präsidium, daß die weitgehenden deutschen Abrüstungsanträge vom 18. Februar des vorigen Jahres, in denen Deutschland die allgemeine qualitative Abrüstung nach dem Deutschland zwangsweise im Versailler Vertrag auferlegten Methoden fordert, parallel mit dem großen französischen Sicherheits- und Abrüstungsplan zur Behandlung gelangen. Präsident Henderson gab darauf die Zustimmung, daß nach einer allgemeinen drei- bis viertägigen Aussprache über den französischen Plan das Präsidium von neuem zur Feststellung des weiteren Arbeitsprogramms zur Abrüstungskonferenz unter Berücksichtigung der deutschen Anträge zusammentreten werde.

Australien ehrt die Besatzung der alten „Emden“.

Am 29. Januar wird mit dem Motorschiff „Magdeburg“ der Hamburg-Amerika-Linie ein Lorbeerkranz nach Deutschland gebracht, den die ehemalige Besatzung des australischen Kreuzers „Sydney“ zu Ehren der „Emden“-Besatzung am Jahrestage des Gefechts der beiden Schiffe am „Emden“-Geschütz vor dem Regierungsgebäude in Sydney niedergelegt hatte. „Sydney“ führte am 9. November 1914 bei den Cocosinseln das Gefecht gegen Kreuzer „Emden“, das schließlich zu dessen Untergang nach heldenhafter Gegenwehr führte.

Der polnische Geschäftsführer der Siedlungsgesellschaft.

Salomon Dyl seiner Stellung enthoben.

Amlich wird mitgeteilt: Der Kommissar des Reiches für das preußische Landwirtschaftsministerium hat seine Bemühungen, den polnischen Staatsangehörigen Salomon Dyl aus der Geschäftsführung der Siedlungs- und Treuhandgesellschaft zu entfernen, fortgesetzt. Einem Antrag des Vertreters des Preussischen Staates entsprechend, wurde die Bestellung des Geschäftsführers Dyl widerrufen.

Von zuständiger Stelle verlautet hierzu weiter, die preussische Regierung steht auf dem Standpunkt, daß

jemand, der die polnische Staatsangehörigkeit besitzt und keine Schritte getan hat, um die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben, nicht der Geschäftsführer einer Gesellschaft sein kann, an der der Staat mit 50 Prozent beteiligt ist.

Die englischen Briefkästen in Deutsch-Ostafrika.

Mandatspolitik in Tanganika.

Der Völkerbundrat nahm den Bericht des ständigen Mandatsausschusses entgegen. Es kam hierbei zu einer größeren grundsätzlichen Aussprache über die Mandatspolitik der einzelnen Mächte.

Der Bericht des Mandatsausschusses macht von neuen Plänen der englischen Regierung auf eine engere Zusammenfassung des englischen Mandatsgebietes Tanganika (früheres Deutsch-Ostafrika) mit den benachbarten englischen Kronkolonien Kenia und Uganda auf dem Gebiete der Postverwaltung und der Zölle Mitteilung.

Der deutsche Vertreter verlangte, der Mandatsausschuß müsse unverzüglich prüfen, ob diese Vereinheitlichung des Postwesens nicht bereits den Charakter einer einfachen Verwaltungsmaßnahme überschreite und die Selbständigkeit des Mandatsgebietes berühre.

Einladung für den „Westentaschen“-Kreuzer.

Die Engländer möchten das Panzerschiff „Deutschland“ kennenlernen.

In englischen Zeitungen wird gemeldet, daß in diesem Jahre Aussicht auf einen deutschen Kriegsschiffsbesuch in England bestehe, der vielleicht während der Cowes-Woche stattfinden werde. Es seien zwar noch keine bestimmten Vereinbarungen getroffen worden, aber in zuständigen Kreisen spreche man von diesem Plan. Der Besuch von zwei deutschen Kreuzern habe im vorigen Jahre wahrscheinlich aus Ersparnisgründen nicht stattgefunden. Sollte er aber dieses Jahr erfolgen, so würden die englischen Seeleute die Möglichkeit haben, die herzhafte Aufnahme zu erwidern, die dem Zweiten englischen Kreuzergeschwader in Kiel im Sommer 1931 zuteil geworden sei. Falls das Westentaschen-Panzerschiff „Deutschland“ nach Spithead komme, würde es eine ungeheure Anziehungskraft ausüben.

Eine halbe Million polnischer Schulkinder ohne Unterricht.

Katastrophale Schulverhältnisse in Polen.

Im Haushaltsausschuß des Sejm stand der Haushalt des Kultusministers zur Aussprache. Der Haushalt sieht für die militärische Vorbereitung der Schulkinder etwa 8 Millionen Zloty vor. Mit Rücksicht auf die wichtige Aufgabe der militärischen Vorbereitung könnten, wie es heißt, die hierfür vorgesehenen Ausgaben nicht gekürzt werden. Der Kultusminister gab zu, daß infolge eines Zuwachses von 180 000 schulpflichtigen Kindern und des Fehlens von Schulklassen im laufenden Schuljahr fast eine halbe Million Schulkinder keinen Unterricht genießen werde. Hinsichtlich des Ministerheimschulwesens hielt es der Minister für notwendig, zu wiederholten Malen zu erklären, es komme ihm nicht nur darauf an, daß der Unterricht in den Ministerheimschulen sich lokal gestalte, sondern er fordere auch eine einwandfreie positive Einstellung zum polnischen Staat, andernfalls er rückwärts durchgreifen werde.

Die Außenpolitik der Sowjetunion.

Festigung der Schlagkraft der Roten Armee.

Die Vollziehung des Zentralkomitees der Sowjetunion wurde im Kreml in Moskau eröffnet. Volkskommissar Molotow hielt eine große Rede, in der er Bericht über die Wirtschaftspläne für 1933 und über die Außenpolitik der Sowjetunion erstattete. Dabei hob er besonders hervor, daß unter den europäischen Staaten Deutschland eine besondere Stellung einnehme. Mit diesem Lande stehe Rußland in festen wirtschaftlichen Beziehungen.

Molotow ging weiter u. a. auch auf die Frage im Fernen Osten ein. Er wies darauf hin, daß Rußland für alle Abrüstungsvorschläge zu haben sei, wenn sie wirklich ernsthaften Charakter trügen. Die Politik des Völkerbundes im Fernen Osten sei völlig zusammengebrochen, er versuche, seine Schuppen nur mit nutzlosen Entschuldigungen zu verbeden. In bezug auf die russisch-japanischen Beziehungen bedauerte Molotow, daß die japanische Regierung den Abschluß eines Nichtangriffspaktes mit Rußland abgelehnt habe. Wegen der Spannung der politischen Verhältnisse im Fernen Osten müsse die Schlagkraft der Roten Armee gefestigt werden. Ein erster Schritt in dieser Richtung werde der Ausbau der Industrie sein.

Lokales und Provinzielles.

Halber, den 25. Januar 1933.

Minus 45 Grad!

Man beginnt schon zu frieren, wenn man das nur fleht und hört, und nun gibt es Gegenden, wo sie das jetzt tatsächlich haben sollen. Minus 45 Grad — alle Achtung! Wir sind von früher her gewohnt, solche Kältegrade als „sibirische Kälte“ zu bezeichnen, und aus den Landstrichen um Sibirien her kommt auch diesmal die ungeheure Kälte oder doch wenigstens die Nachricht, daß sie dort sei. Diese gewaltige Kälte selbst werden wir ja glücklicherweise wohl kaum zu spüren bekommen, denn sie wird sich auf dem Wege vom Uralgebiet zu uns wahrscheinlich ein bißchen mildern und nicht mit ihrer ganzen Kraft zu uns stoßen. Aber das, was wir davon abkriegen, reicht für unsere bescheidenen Ansprüche immer noch aus. Es gibt in unseren Breiten einen Kältepunkt, an dem selbst für den wildesten Winterportier der Spaß aufhört, und an dem allenfalls noch trainierte Nordpolfahrer ihre Freude haben!

Die Kältewelle also, die uns jetzt überflutet, kommt, wie die Meteorologen festgestellt haben, vom äußersten Rußland her. Wenn auch nicht gerade 45 Minusgrade, so wurden doch um Moskau herum in diesen Tagen immerhin 29 bis 32 Kältegrade gemessen. Merkwürdig aber ist eines: die große Kälte hatte uns zunächst einmal übersprungen und war über unsere Köpfe hinweg nach

„Deutschlands Recht, U-Boote zu bauen.“

Englische Betrachtungen.

Unter der Überschrift „Das deutsche Recht, Unterseeboote zu bauen“ weist der Marineberichterstatter des „Daily Telegraph“ auf die Möglichkeit einer baldigen Wiederaufnahme des Baues von Unterseebooten durch Deutschland im Zusammenhang mit der deutschen Gleichberechtigungsforderung hin. Infolge der deutschen Forderung auf Gleichheit in den Verteidigungswaffen entfiel zur Zeit eine weitverbreitete Agitation (von der in Deutschland allerdings noch nichts zu merken war! d. Red.), das Verbot für den Bau deutscher Unterseeboote aufzuheben. Dies scheint das Vorspiel einer formellen Forderung der U-Boot-Baugenehmigung oder der Aufkündigung zu sein, daß Deutschland angedacht der großen U-Boot-Bauprogramme seiner Nachbarn eine neue U-Boot-Flotte zu schaffen beabsichtige. Der Berichterstatter führt dann aus, daß seit 1921, als England auf der Washingtoner Konferenz die Abschaffung der U-Boote forderte, mehr Unterseeboote gebaut worden seien, als bei Ausbruch des Krieges vorhanden waren. Frankreich allein habe 90, Italien 50 und Japan 60 U-Boote gebaut. Außerdem besäßen die baltischen Staaten, Deutschlands nächste Nachbarn, 33 000 Tonnen an U-Booten. Der deutsche Anspruch auf den Bau von U-Booten werde durch die wiederholten Erklärungen ausländischer, besonders japanischer und französischer Marinefachverständiger bekräftigt, wonach Unterseeboote unerlässlich für die Verteidigung seien. Warum, so frage man, sollte Deutschland allein das Recht auf den Besitz dieser wichtigen Verteidigungswaffe verweigert werden? Es bedürfe keiner besonderen Erwähnung, daß englische Marinekreise die Ereignisse mit großem Interesse verfolgten. Die nichtamtliche Ansicht sei, daß, wenn der englische Plan einer vollständigen Abschaffung der U-Boot-Waffe nicht von den anderen Mächten angenommen werde, das Wiedererscheinen einer deutschen Unterseebootsflotte nur eine Frage der Zeit sein werde. Es könne zuverlässig gesagt werden, daß deutsche Marinekonstrukteure sich ganz auf der Höhe des technischen Fortschritts gehalten und ins einzelne gehende Pläne für Unterseeboote vorbereitet hätten. Die Deutschen würden z. B. keine Schwierigkeit haben, einen 25 Knoten zurücklegenden Unterseekreuzer zu bauen, der fünf Knoten schneller wäre als jedes zur Zeit schwimmende U-Boot.

August der Starke.

Zum 200. Todestag am 1. Februar.

Am 1. Februar 1733 starb August der Starke. Seine weltgeschichtlich bedeutende Gestalt steht im Mittelpunkt des kommenden Jubiläumsjahres, in dem Dresden das Andenken des Fürsten ehren wird.

Die große Masse kennt August den Starken nicht. Jeder hat irgendeinmal gehört, daß er einige hundert Kinder gehabt haben soll, daß er ein Schürzenjäger war, ein Don Juan, daß er als notorischer Verschwender sein Land ausbeutete und nur Sinn hatte für aalante Abenteuer, rauschende Feste usw., daß er aber im übrigen ein wenig sympathischer Selbstherrscher gewesen ist. Was man August dem Starken auch anhängen mag, er war trotz alledem eine schöpferische, geniale Persönlichkeit, die Werte schuf, Werte, die heute noch fortwirken, Werte, die wir heute noch auswerten.

Einer der bedeutendsten Kenner der sächsischen Wirtschaftsgeschichte, Dr. Johannes März, schreibt zu diesem Thema: „Man hat August den Starken in historischen Schilderungen sehr häufig als einen Mann dargestellt, dem es nur auf äußeren Glanz und Ausbeutung des Volkes angekommen sei, und dem eine Förderung des Wohlstandes des Landes ferngelegen habe. Nach neueren Untersuchungen verkennt diese Auffassung die Verhältnisse. Es steht vielmehr fest, daß er für die Förderung von Gewerbe und Industrie sehr viel getan hat. Er suchte durch gesetzgeberische Maßnahmen vorhandene Übelstände zu beseitigen, zog auswärtige Siedler zu gewerblicher Betätigung in Sachsen heran und förderte die Gründung von Fabriken für die Anfertigung gewerblicher Neuheiten.“

Neue Gewerbebezweige, wie Flanellfabrikation, Rattunherstellung, Varchentweberei, Kanewas-, Musselin-, Flor- und Schleierherstellung, wurden eingeführt, oder, soweit sie schon vorhanden waren, verbessert und technisch gefördert. Böhmische Erulanten wurden nach Sachsen gezogen, die in Klingenthal die Herstellung von Saiten- und Schlaginstrumenten einführten. Der Export vergrößerte sich, gefördert besonders auch durch die Leipziger Messe, die ja nicht nur auf inländischem Absatz beruhte, und in Guben und Schneberg war der Markt für Blechwaren aus beschiedenen Anfängen zum Großbetrieb umgewandelt mit Exportverbindungen nach einer Reihe europäischer Länder wie nach fremden Erdteilen. Auch die Gold- und Silberarbeit, die Gärtnerei, Drahtzieherei, Bildweberei und Seidenwürmerzucht erfreuten sich der Förderung durch seine Regierung. Auch die vielen Feste, deren Veranstaltung man August dem Starken vielfach als Ausfluß seiner Verschwendungssucht vorwirft, waren Teile der Regierungspolitik zur Förderung der Volkswirtschaft und des Volkswohlstandes. Bekannt ist, daß August der Starke selbst an Manufakturen und an Fabriken beteiligt war. Eine dieser Unternehmungen wurde die Grundlage für die weltbekannte Porzellanmanufaktur in Meißen, die unter seiner Regierung gegründet worden ist.“

August stellte die Erzeugnisse seiner Manufakturen in Leipzig aus, dessen Stellung als Handels- und Messeplatz er nach allen Richtungen zu fördern suchte. Insbesondere machte er für die Messe großzügige Ankäufe, indem er sie kaufkräftigen Kreisen vorführte. 1709 sah die Leipziger Michaelismesse außer dem sächsischen Herrscherpaar den König Friedrich I. von Preußen und vierundvierzig Prinzen und Prinzessinnen, die einen Einblick in die hohe Entwicklung Leipzigs als Handelsstadt bekommen und auf der Messe einkaufen sollten.

Jedenfalls eins steht fest: August der Starke hat Sachsen in Reichtum und Wohlstand hinterlassen. Und Dresden? Dresden war eine Stadt mit hölzernen Häusern. Und was hinterließ er? Eine Stadt prachtvoller Bauten, herrlicher Kunstwerke! Das heutige Dresden, das schöne, weltberühmte Dresden, hat er gestaltet, er hat ihm das Gepräge gegeben.

Schöpferische Geister sind nicht immer mit schätzbaren Waagen zu messen; sie sind eigenwillige Naturen. Sie mögen in ihrem Naturell viel negative Seiten haben, aber sie sind doch Lichtgestalten. Sie hinterlassen Werte, die

Kälte und Grippe

Starker Frost in Deutschland.

Wachsender Eisgang auf den Flüssen.

Die große Kälte macht sich jetzt auch am Mittelrhein, auf den Höhen des Westerwaldes, dem Hunsrück und an der Eifel bemerkbar. Vereisung der Straßen verursachte bereits in verschiedenen Orten des Mittelrheins Verkehrsunfälle. Durch die starke Kälte hat auch der Eisgang auf den Flüssen Mosel, Lahn, Nahe und dem Rhein erheblich zugenommen. Auf der Mosel, auf der Lahn und auf der Nahe ist der Schiffsverkehr eingestellt worden. In Koblenz hat man sich gezwungen gesehen, die Schiffsbrücke einzufahren, da größere Beschädigungen durch das in sehr starkem Maße aufgetretene Treibeis zu befürchten waren. Der Schiffsverkehr auf dem Rhein hat bisher noch keine größeren Einschränkungen erfahren. Doch erwägt man auch hier bereits einschneidende Maßnahmen.

Bis 21 Grad Kälte in Sachsen.

Die Kältewelle hat jetzt auch Sachsen erreicht. In Dresden wurden am Dienstag früh 15 Grad unter Null gemessen. Im Erzgebirge lagen die Temperaturen zwischen 16 und 20 Grad Kälte. Vom Fichtelgebirge wurden 21 Grad unter Null und eine Schneehöhe von nahezu 80 Zentimeter gemeldet.

Eisbahndienst durch Flugzeuge für die Insel Wangeroo.

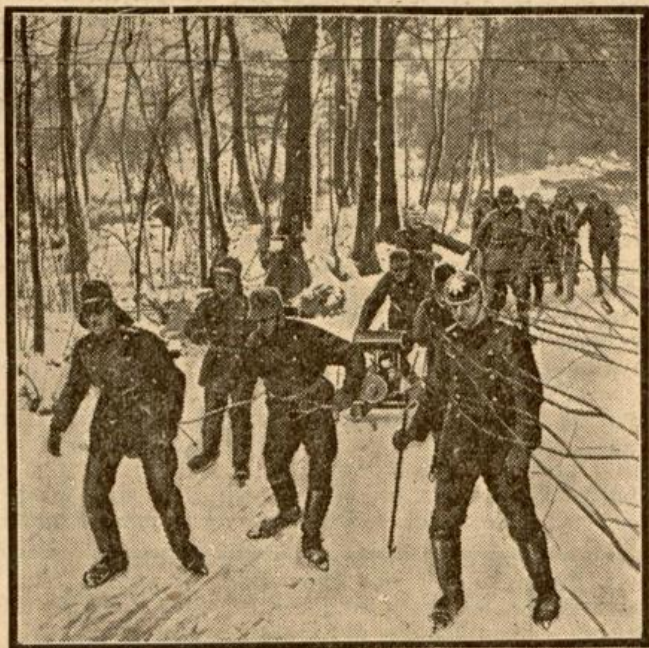
Die Nordseeinsel Wangeroo ist durch die Eisverhältnisse vom Verkehr mit dem Festlande gänzlich abgeschnitten worden. Da die Dampferverbindungen eingestellt wurden, hat man sich von Wangeroo aus an die Luftverkehrsgesellschaft Wilhelmshaven-Küstringen gewandt, die bereits im Winter 1929 bei der damaligen Frostperiode die Nordseeinseln von Wangeroo bis Nordern mit Post, Fracht und Medikamenten versorgte. Die Luftverkehrsgesellschaft hat den Eisbahndienst übernommen. Ob der Eisdienst noch auf die übrigen Nordseeinseln ausgedehnt werden muß, hängt von der Dauer der Frostperiode ab.

Strenger Winter in Frankreich.

In Frankreich hat die Kälte noch zugenommen. In Paris wurden zu Beginn der Woche neun Grad Kälte gemessen, in der Provinz sind die Temperaturen stellenweise bis auf 18 Grad unter Null gesunken. Die Pariser Polizeibehörde stellt den Obdachlosen Räume in den Polizeireviere zur Verfügung, wo sie neben einer Schlafstelle auch warme Getränke erhalten.

Ausdehnung der Grippeepidemie.

Zu der großen Kälte hat sich als noch schlimmerer



Auf Schlittschuhen zur Brandstätte.

In jedem Winter halten die Feuerwehren des Spreewaldes Übungen ab, um im Notfall gerüst zu sein. Auf Schlittschuhen ziehen die Feuerwehrleute mit Motor und Spritze über die gefrorenen Wasserläufe zur Brandstätte.

hinterlassen Werte, Schöpfungen, die lange, lange noch den Erben zugutekommen. Wie ein Gestirn, das lange erloschen, noch Jahrtausende weiterleuchtet; und wie sein Licht weiter wirkt, so leuchtet auch die Gestalt Augusts des Starken immer noch hinein in unsere Zeit, und sein Werk wirkt heute noch für uns.

Das Verfahren gegen die Brüder Rotter.

Noch weitere vier Beschuldigte.

Das Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft gegen die Vermittler Theaterleiter Fritz und Alfred Scheie, genannt Rotter, erstreckt sich auf den Verdacht der Untreue, des Konkursverbrechens und des Konkursvergehens, der Beiseiteschaffung von Vermögenswerten und des übermäßigen Aufwandes. In das Verfahren sind nun noch weitere vier Beschuldigte verwickelt, und zwar der Direktor Ludwig Apel, der Geschäftsführer der sechs Rotterbühnen G. m. b. H., Hans Lippich, und zwei weitere Vorstandsmitglieder. Diesen vier beschuldigten Personen wird Unterlassung der Antragstellung zur rechtzeitigen Konkursöffnung zur Last gelegt.

Neue Krawalle an der Breslauer Universität.

Rundgebungen auch vor der Universität.

In der Breslauer Universität kam es, als nach mehrwöchiger Pause Professor Cohn seine Vorlesungen wieder aufnehmen, zu neuen Krawallen, die sich dann auf der Straße vor dem Universitätsgebäude fortsetzten. Die Polizei ging energisch vor und machte von dem Gummistock Gebrauch. Zwei Nationalsozialisten wurden erheblich verletzt. Die Polizei stellte mehrere Studenten fest. Einige Professoren protestierten gegen das Eingreifen der Polizei und brachen die Vorlesungen ab.

Gast in vielen Gegenden Deutschlands die Grippe geseut. Auch in Sachsen tritt sie jetzt stärker auf. In der Oberlausitz ist eine erhebliche Zunahme der Erkrankungen festgestellt worden. In verschiedenen Dörfern mußten die Schulen geschlossen werden. In Nordböhmen und im Böhmerwald sind in den letzten Tagen acht Personen an Grippe gestorben. In der Sternberger Irrenanstalt ist der größte Teil der Kranken, der Wärter und Ärzte an Grippe erkrankt. In Penig in Sachsen wurden die Volksschule und Hilfsschule bis Ende Januar geschlossen.

Grippeerkrankungen um Köln herum.

Die Grippe in den Nachbarstädten Kölns sowie im Siegtal, im Kreise Bonn und im Bergischen Land hat in weiterem Maße um sich gegriffen. In Bonn mußten sämtliche Volksschulen für acht Tage geschlossen werden. In Köln selbst kann von einer Grippeepidemie noch nicht gesprochen werden, obwohl auch hier eine Zunahme der Grippeerkrankungen festzustellen ist. Man erwägt als vorbeugende Maßnahme, die Schulen für einige Tage zu schließen.

Der Winter in den Mooren.

Langames Frieren des Erdreichs. — Spätes Schwinden des Frostes.

Während auf der Stader Geest und in der Marsch der Frost bereits etwa 50 Zentimeter in das Erdreich eingedrungen ist, hatte sich in den Mooren die Kälte nicht so schnell in den Boden hineinarbeiten können. Die Moore sind verhältnismäßig trocken, und da Torf ein schlechter Wärmeleiter ist, drang der Bodenfrost nur 10 bis 15 Zentimeter. Die letzten Nächte mit dem strengerem Frost haben aber nun auch die Moore zum Einfrieren gebracht. Wenn die tiefen Temperaturen noch einige Nächte anhalten, werden die Moore auf viele Wochen gefroren sein, denn genau so schwer wie sie die Kälte aufnehmen, geben sie sie wieder ab. Es dauert dann oft Wochen bei sommerlichen Temperaturen, bevor das Eis aus den Mooren schwindet. In dem strengen Winter 1928/29 drang der Bodenfrost über einen Meter in die Torfschicht ein und noch im Monat Juni konnte man in 75 Zentimeter Tiefe auf eine steinharte Schicht gefrorenen Torfes treffen. Viele Torfbauern konnten damals erst spät mit dem Torfgraben beginnen, und erst anhaltender Regen konnte das Moor Ende Juni auftauen.

Weferhschiffahrt eingestellt.

Nienburg als Winterhafen.

Durch die ständige Zunahme des strengen Frostes in den letzten Tagen ist das Grundeistreiben auf der Weser erheblich stärker geworden. Die Eisschollen haben sich bereits auf der Strecke von Dörverden bis Schwering dichtgelegt, so daß die Schifffahrt auf dem ganzen Strom Hafen Schutz gesucht. Während aber in den früheren Jahren bei Eis häufig der Hafen voller Frachtschiffe lag, ist die Zahl der überwinterten Schiffe in diesem Jahre geringer, da die Schiffszüge meist noch die Möglichkeit hatten, ihre Heimathafen zu erreichen. Der Hafen ist schon seit einigen Tagen mit einer Eisdede überzogen.

Der Dampferverkehr mit den ostfriesischen Inseln.

Behinderung durch starken Eisgang.

Nachdem der Verkehr mit der ostfriesischen Nordseeinsel Wangeroo nur noch durch Flugzeuge aufrechterhalten werden kann, beginnt auch der Verkehr mit dem größten Teil der übrigen Inseln zu kochen. Die Dampferverbindungen von Emden nach Borkum sowie von Norddeich nach Juist und Nordern werden vorläufig noch aufrechterhalten, wenn auch die im Sommer schon schwierigen Wasserhältnisse nach Juist jetzt einen planmäßigen Verkehr stark behindern. Der Verkehr mit der kleinen Insel Baltrum ruht vollständig. Von der Insel Langeoog aus verfuhr man am Dienstag nochmals den Festlandhafen Venderfel zu erreichen. Das Fährschiff mußte jedoch umkehren, da es das Eis nicht durchdringen konnte. Der Verkehr nach Spiekeroog wurde bis zum letzten Sonnabend aufrechterhalten. Am Montag und Dienstag wurden weitere Versuche angestellt, den Festlandhafen zu erreichen, doch mußte in beiden Fällen der Dampfer unverrichteter Sache nach der Insel zurückkehren.

Explosion in einer Badeanstalt.

Frost als Ursache. — Erheblicher Sachschaden.

In der Schulbadeanstalt in Lörup ereignete sich eine schwere Explosion, die dadurch verursacht wurde, daß die vom Heizkessel zu dem im Dachgeschoß befindlichen Warmwasserbassin führenden Rohre eingefroren waren und dadurch beim Anheizen im Heizkessel ein Ueberdruck entstand. Die Explosion war so stark, daß die Tür der Badeanstalt bis in die Mitte des Schulhofes geschleudert, die Türen zu den einzelnen Badetabellen aus den Angeln gehoben, das gesamte Mauerwerk zertrümmert und die ganze Badeanstalt von einem dichten Qualm erfüllt wurde. Menschenleben kamen dabei nicht zu Schaden, da der Bademeister wenige Minuten vor der Explosion die Badeanstalt verlassen hatte und die Schulkinder sich in den Klassenräumen befanden. Der Sachschaden ist beträchtlich.

Ein deutscher Fischdampfer gesunken.

Ein englischer Fischdampfer vermisst.

Der deutsche Fischdampfer „Vaterland“ aus Altona, der nach Bardö unterwegs war, um seinen an einer Blinddarmentzündung erkrankten Kapitän an Land zu sehen, rannte auf eine Klippe und sank. Die Mannschaft, achtzehn Mann, hielt sich mehrere Stunden im Sturm in den Rettungsbooten, bis der norwegische Dampfer „Lyn“ die Schiffbrüchigen an Bord nahm und in Bardö an Land brachte. Der deutsche Fischdampfer, der eine volle Fischladung an Bord hatte, ist völlig verloren.

Der englische Fischdampfer „Cap Delgado“, der sich auf dem Heimwege von Norwegen nach England befand, wird seit einer Woche vermisst. Er wurde zuletzt in der Nähe der norwegischen Küste gesehen. An Bord befinden sich 16 Mann Besatzung. Drei englische Fischereischiffe sind auf die Suche nach dem Dampfer ausgelaufen.

Frankreich geströmt. Während wir immerhin erst nur 8 oder 10 Grad minus verzeichneten, waren sie in Frankreich bereits bei minus 21 Grad angelangt, und selbst im westlichen Frankreich gab es noch 13 Kältegrade. Das ist eine Seltsamkeit, die zu denken gibt. Es müßte denn sein, daß die französische Kälte nicht direkt aus Rußland bezogen wurde, sondern anderswoher gekommen ist! Interessant wäre auch die Feststellung, ob die Grippeepidemie, die sich in Frankreich plötzlich sehr verschärft, mit der Varentälte irgendwie in Verbindung steht. Im allgemeinen pflegt man zu sagen, daß bei trockener Kälte die Grippe sich nicht so ausbreitet wie bei nasser Bitterung, aber möglicherweise ist auch das nicht mehr richtig, denn auch in der Medizin ändern sich die Ansichten.

Was uns betrifft, so werden wir den Teil der Kälte, der uns zugemessen wird, mit Würde zu tragen haben, da ja Klagen und schelten doch nichts hilft. Eine wirkliche Genugtuung über die große Kälte werden aber wohl nur die Propheten, die schon im letzten Sommer den strengen Winter angekündigt haben, empfinden. Man hat lange über sie gespöttelt, weil der Winter sich über Neujahr hinaus ganz und freundlich angelassen hatte, aber jetzt sind sie durchaus gerechtfertigt, und es wird keiner mehr wagen, sie durch die Hechel zu ziehen. Nur heimlich schimben wird man. Wer aber Philosoph ist, hält es mit der Kälte so, wie es Till Eulenspiegel mit den Bergen zu halten pflegte: wenn er einen auch noch so steilen und schwierigen Berg hinaufstieg, freute er sich, denn er dachte bereits an den Abstieg, der ja unbedingt kommen mußte. Und so ist es auch mit der Kälte: sie kann noch so scharf sein, einmal muß sie trotzdem aufhören, denn über einen gewissen Höhepunkt hinaus geht es nicht!

Und wenn wir jetzt tüchtig frieren, so können wir zu unserem Troste an Wercholanst in Sibirien denken, das, wie die Forscher behaupten, die „minimale“ Wintertemperatur hat, die überhaupt jemals festgestellt worden ist: bis auf minus 64 Grad Celsius bringen sie es dort. Es handelt sich hier natürlich um natürliche Kältegrade — künstlich erzeugte Kältegrade nämlich sind noch ganz anders! Bemerkenswert sei noch, daß man Kältegrade, die über 39 Grad Celsius liegen, nicht mehr mit unserem Quecksilberthermometer messen kann, weil das Quecksilber bei minus 38,8 Grad Celsius erstarrt. Zur Messung ganz hoher Kältegrade benutzt man daher das Weingeistthermometer.

Vorsicht, Grippe!

Ein unheimlicher Gast kündigt sich an, und viele behaupten sogar, daß er schon da sei und sich nur noch nicht zu erkennen gebe. Aus Amerika und etwas später dann aus der Tschechoslowakei sind in den letzten Wochen böse Nachrichten über das Auftreten der Grippe gekommen. In Amerika besonders war die Zahl der Opfer, die die gefährliche Krankheit forderte, ungewöhnlich groß, und jetzt gelangt aus England ähnliche Vorfälle zu uns.

Ganz ohne Grippe kommen wir ja wohl in keinem Jahre aus, aber sie tritt in den meisten Fällen glücklicherweise in milder Form auf und bedeutet dann keine allzu große Gefahr für das Volksganze. Dabei man außerdem noch zu erwägen hat, daß die Virenwelt sich über das, was Grippe ist, nicht immer gut unterrichtet zeigt und geneigt ist, jeden Schnupfen und jeden Hustenanfall als Grippe zu bezeichnen, obwohl es Erkältungskrankheiten solcher Art zu jeder Zeit des Jahres gibt. Damit soll aber nicht gesagt werden, daß man es umgekehrt zu machen und Erkältungen leicht zu nehmen habe. Das wäre mindestens ebenso bedenklich. Aber ein bißchen anders als eine einfache Erkältung ist die richtige Grippe schließlich doch. Sie beginnt meist plötzlich mit Frost, und es folgt dann hohes Fieber. Und weiter gehören zu ihr Mattigkeit und Schwindelanfälle, Kopfschmerzen und Schwere in den Gliedern, heftige Hustenanfälle, Schlaflosigkeit, Appetitlosigkeit, bisweilen auch Erbrechen usw. Alle diese Krankheitserscheinungen brauchen natürlich nicht zu gleicher Zeit aufzutreten, und einige davon brauchen überhaupt nicht vorhanden zu sein. Aber das Krankheitsbild der Grippe bleibt im wesentlichen immer das gleiche, wobei es gleichgültig ist, ob es sich um eine nervöse oder um eine gastrische (den Magen betreffende) oder um eine katarrhalische Grippe handelt.

Es ist nun die Frage, wie man sich gegen die Grippe schützen kann. Diese Frage ist nur schwer zu beantworten, denn es gibt kaum einen sicheren vorbeugenden Schutz gegen eine Infektionskrankheit, die an Verkehrszentren reich von dem einen auf den anderen überspringt. Selbst wenn man in Grippezeiten den Umgang mit Menschen vollständig mied, wäre man gegen die Krankheit nicht geschützt, da der Infektionsstoff durch die Luft übertragbar ist. Eine vernünftige Lebensweise und die Beachtung hygienischer Vorschriften können aber immerhin als Schutzmaßnahmen gelten. Wichtiger ist, wie man sich zu verhalten hat, wenn die Grippe wirklich da ist. Auch wenn die Krankheit scheinbar leicht verläuft, soll man nicht leichtsinnig leben. Hier ist immer wieder auf Hygiene und eine richtige Diät hinzuweisen. Wer Fieber hat, soll damit nicht auf die Straße laufen und die Grippe weitertragen. Alte und geschwächte Kranke sollen ganz besonders auf sich achten, besonders Leute mit Herz- und Lungenleiden, da diese besonders stark gefährdet sind.

Wird das Wetter winterlich kalt und wird es nicht wiederum von einer nebligen Bitterung abgelöst, so ist, nach früheren Erfahrungen, die Gefahr einer allzu starken Ausbreitung der Grippe etwas gemindert.

* **Tagung des Verbandes deutscher evangelischer Pfarrervereine.** Am 30. und 31. Januar tagen in Berlin-Charlottenburg die Vorstände des deutschen und preussischen evgl. Pfarrervereins unter der Leitung des ersten Vorsitzenden Präses D. Dr. Schäfer. Eine Reihe der Verhandlungsgegenstände dürfte allgemeinerem Interesse begegnen. Es werden u. a. folgende Punkte auf der Tagesordnung genannt: „Die Hilfsmaßnahmen für die Geschädigten der Debauchee, Drogen- und Evangelischen Zentralbank und die Pfarrerschaft“; „Die Bedeutung des badiischen Kirchenvertrages und die Pfarrerschaft“; „Der Einfluß einer Reichsreform auf die kirchlichen Verhältnisse“; „Die Aufgaben der Unterrichtsbeiräte“, und als letzten „Die SA.-Geistlichen“.

Halber

— **0 Polizeiliches.** Gefunden: Ein Autoreifen. Eigentumsansprüche sind im Amtshaus, Zimmer Nr. 9 geltend zu machen.

— **0 Postamt.** Die Heeresrenten werden am Samstag, den 28. 1. und die Invaliden- und Unfallrenten am 1. 2. hier und bei den Postagenturen Anschlag und Schwenke gezahlt.

— **Am kommenden Mittwoch, dem 1. Februar** morgens 8¼ Uhr beginnend, findet hier selbst im Sitzungssaal des Amtshauses Gerichtstag statt. Zur Förderung der Geschäfte ist es erforderlich, daß die zu verhandelnden

Sachen vorher beim Amtsgericht in Lüdenscheid angemeldet werden, daß die betr. Akten zur Stelle sind.

— **Die Grippeerkrankungen** haben auch in unserem Orte eine ziemlich Ausdehnung genommen. Eine große Zahl Schulkinder sind von der Krankheit befallen. Wegen der hohen Zahl der Grippeerkrankungen wurde die hiesige Rektoratschule auf 10 Tage geschlossen. Der Unterricht beginnt wieder Montag, den 6. Februar.

— **Wir verweisen auf die heutige Einladung der Vereinigten Turn- und Spielvereine Halber e. V. zur diesjährigen Jahreshauptversammlung.**

— **! Buschhausen.** Am kommenden Sonntag, dem 29. cr. findet in der Sommerfrische Buschhausen das **Jahresfest der Freiwilligen Feuerwehr Buschhausen** statt. Außer dem instrumentalen Teil, der vom Salonorchester Becker bestritten wird, gelangen zwei Lustspiele zur Aufführung. Als erstes hören wir den Akt: „Die Ehefrau wider Willen“, ein Stück, dessen verzwickte und komische Situationen recht viel Heiterkeit im Publikum auslösen werden. Die zweite Darbietung ist „Die Sturmglocke“, eine fröhliche Episode aus dem Feuerwehrleben. Anschließend wird die Jugend zu ihrem Recht kommen und kann nach Herzenslust das Tanzbein schwingen. Der Anfang ist um 4 Uhr. Die passiven Mitglieder sind herzlich eingeladen. (Siehe Anzeige.)

— **Erbrügg.** Die Volksschule für 10 Tage geschlossen. Infolge starker Zunahme der Grippeerkrankungen mußte die Volksschule für 10 Tage auf Anordnung des Kreisarztes geschlossen werden. Von 91 Kindern fehlten am Samstag 36 und am Montag bereits 48; also sind über 50% der Schüler an der Grippe erkrankt.

Scholksmühle

— **Die Grippeerkrankungen** greifen auch hier immer weiter um sich und nehmen starke Formen an. So wurden demzufolge heute sämtliche Schulen mit Genehmigung des Kreisarztes auf vorläufig 10 Tage geschlossen. Auch die Läger des freiwilligen Arbeitsdienstes sind durch die Epidemie sehr in Mitleidenschaft gezogen. Das Arbeitslager in Mühle wurde wegen Erkrankung der Arbeitsdienstfreiwilligen geschlossen. Im Lager Hülse sind etwa 80 v. H. erkrankt. Im Lager Linsie sind die Erkrankungen auch sehr stark, während im Lager Mesefeld kaum Krankheitsfälle bis jetzt zu verzeichnen sind. Im Allgemeinen tritt die Grippe nur leicht auf. Trotzdem tritt fast kein Haus von ihr verschont geblieben, wodurch in Fabriken und Betrieben große Lücken bei den Arbeitskräften entstanden sind.

Dahlebrück

— **„Verabend des Lo. Stöden-Dahlebrück e. V.“** 1885. Dieser fand am letzten Samstag im Vereinslokal Rafflenbeul statt. Der Abend wurde durch einen schneidigen Marsch einer fleißig und gut spielenden Musikpelle aus Lüdenscheid eingeleitet. Der 1. Vorsitzende, Turnbruder Herminghaus, sprach herzliche Begrüßungsworte, die reichen Beifall fanden. Er sprach über die Bedeutung des deutschen Turnens, über Zweck und Ziel des Verabends, der einen stattlichen Besuch aufzuweisen hatte. Turnbruder Ruppel sprach einen der Jetztzeit angepaßten Turner-Mahnruß, der große Wirkung hatte. Es folgten anschließende turnerische Darbietungen der Männer- und Damenabteilung. Als Ergänzung hörte man musikalische und humoristische Darbietungen, die alle gut zum Vortrag kamen und mit zur Verschönerung des Abends beitrugen. Zum Schluß kam eine Verlosung, bei der jeder auf seine Kosten kam. Für die tanzfrendigen Gäste war bestens gesorgt. Dem Verein konnten eine Anzahl neue Mitglieder zugeführt werden. Der Abend nahm einen harmonischen Verlauf!

Breckerfeld

— **Durch einen Unglücksfall** hart betroffen wurde der Landwirt Schäfer von Boffel bei Breckerfeld. Beim Ausspannen seines Pferdes brach das Tier tot zusammen. Der Schaden ist umso beträchtlicher, als es sich hier um ein wertvolles Pferd handelt.

— **Eisvergnügen auf der Glörtalsperre.** Das klare Winterwetter veranlaßte die hiesige evangelische Lehrerschaft, mit den Schülern und Schülerinnen der oberen Klassen der Volksschule, wie auch mit den Schülern und Schülerinnen der Rektoratschule einen Ausflug nach der Glörtalsperre zu machen. Am Montag mittag zogen Lehrer und Lehrerinnen mit ihrer Schülerschar, welche schöne Marschlieder sang, durch die Straßen Breckerfelds dem Ziele zu. Der Weg führte über Heide, Loh und in kaum einer Stunde war man schon angelangt. Hier begann nun ein äußerst lustiges Treiben auf dem Eise und manches Kind hat wohl bebauert, als zum Sammeln und Abmarsch gerufen wurde. Kurz nach 18 Uhr kamen die Ausflügler pausbächtig und lustig in Breckerfeld wieder an. Jeder hatte einen großen Appetit mitgebracht, der nun zu Hause gestillt wurde. Man hörte von den Kindern nur eitel Freude über den so wunderbar verlaufenen Ausflug zur Glörtalsperre.

— **Jahreshauptversammlung der S.-G.-V.-Abtg. Breckerfeld.** Unter dem Vorsitz des Apothekers Carnap hielt die S.-G.-V.-Abtg. Breckerfeld ihre Jahreshauptversammlung ab. Der Schriftführer Goldmann erwähnte in seinem durch Photos reich illustrierten Jahresbericht, daß die Abtg. am Reichswandertag mit guter Beteiligung an der Sternwanderung nach Hagen teilnahm, daß die Wegezeichen auf sämtlichen Wegen nachgezeichnet wurden, daß die Hauptwegetafel am Körnerplatz erneuert und überdacht wurde, daß die Abtg. einen in bester Erinnerung stehenden Familienabend gefeiert habe, daß das Stadtbild von Breckerfeld durch die Anpflanzung von Bäumen verschönt und der Weg Breckerfeld—In der Epischeid—Reckhammer durch einen Zuschuß des Hauptvereins und das Verdienst unseres Kassierers, des Gemeindevorstehers Böving, vorbildlich instandgesetzt und an 3 Stellen durch dauerhafte Brücken über den Bach geführt worden sei. Leider sei in diesem Jahre infolge besonderer Zeitumstände das Wandern in der Abtg. nicht sehr gepflegt worden. Kassierer Böving wies in seinem Kassenbericht nach, daß infolge des zurückgegangenen Mitgliederbestandes (57 Mitglieder) und des auf 3 RM herabgesetzten Jahresbeitrages, von dem 2 RM an den Hauptverein abzuführen ist, die Ausgaben sich mit den Einnahmen leider nicht mehr ins Gleichgewicht bringen lassen. Da die Abtg. zum Glück noch ein Sparguthaben besitzt, hofft er, daß die Abtg. mit dessen Hilfe und sparsamer Wirtschaft bei Beibehaltung des niedrigen Jahresbeitrages über die schlechten Zeiten hinwegkommen wird. Nach Prüfung der Kasse konnte dem Kassierer Entlastung erteilt werden. Für 1933 wurde ein Arbeitsplan aufgestellt, der nur das allernötigste vorsieht. U. a. sollen die unschönen eisernen Wegweiser entfernt werden. Da Vorsitzende Carnap sich nicht bewegen ließ, sein Amt weiterhin zu verwalten, wurde Rektor Hönig

zum 1. Vorsitzenden und Apotheker Carnap zum 2. Vorsitzenden gewählt. Schriftführer und Kassierer wurden einstimmig wiedergewählt. Die Herren Schmale und Schrieber wurden zu Beisitzern und Herr Krichler zum Begewart gewählt. Der gesamte Vorstand tagt am 1. Montag jeden Monats im Vereinslokal. Ende April soll ein feierlicher Familienabend stattfinden. Im neuen Vereinsjahr sollen im Hinblick auf die billigen Fernfahrten der Vorortbahn, die zur Rückfahrt benutzt werden soll, hauptsächlich Ganztagswanderungen durchgeführt werden.

— **Der Schützenverein „Gat Ziel“** hatte vergangenen Sonntag im Lokal Karl Hadenberg, Neuenhaus, seine diesjährige Generalversammlung. Der Vorsitzende Karl Kötting, der es sich durch längere Krankheit nicht nehmen ließ, diesen wichtigen Zusammenkünften beizuwohnen, eröffnete die Versammlung. Nach Verlesung des Jahresberichtes erteilte der Schützenbruder Fritz Kesting Näheres über die Rechnungslage. Durch die verheerenden wirtschaftlichen Verhältnisse war es schon vorauszu sehen, daß mit einer geringeren Einnahme zu rechnen war. Die Kassenverhältnisse wurden geprüft und für richtig befunden, hiernach konnte dem Kassierer Entlastung erteilt werden. Der Vorsitzende dankte dem Schriftführer für seine korrekte Arbeit. Auf Anregung der Schützenbrüder wurde der gesamte Vorstand wiedergewählt. Zum Schluß fand die Ehrung des ersten Vorsitzenden Karl Kötting statt. 25 Jahre lang hat er an dieser Stelle die Geschichte des Vereins geleitet zum Blühen und Gedeihen vom „Gut Ziel“. Der 2. Vorsitzende Georg Metz dankte im Namen der Schützenbrüder dem Jubilar für seine unverbrüchliche Treue. In seiner kerrigen, herzlichen Rede überreichte er ihm eine wertvolle Plakette anlässlich seines Jubiläums. Nach Erledigung verschiedener Punkte war noch ein kurzes gemütliches Zusammensein.

— **Der MGV „Sängergruß“ Branten** hielt in seinem Vereinslokal bei Neuhäus Branten seine Hauptversammlung ab. Der Vorsitzende Otto Fischer begrüßte die anwesenden Mitglieder und dankte für ihr Erscheinen. Nachdem er einen kurzen Bericht über die Vereinsaktivität im vergangenen Jahre erstattet hatte, konnte in erfreulicher Weise festgestellt werden, daß die Mitgliedschaft der aktiven Sänger trotz der augenblicklichen schwierigen Lage fast die gleiche geblieben war. Der Verein besteht aus 16 aktiven Mitgliedern. Den Kassenbericht gab der 1. Kassierer Reinhold Friedrich, und können die Kassenverhältnisse angesichts der heutigen schwierigen Lage als günstig bezeichnet werden. Die ernannten Revisoren fanden die Kassenführung stimmend und wurde dem Kassierer Entlastung erteilt und der Dank des Vereins ausgesprochen. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden die bisherigen Mitglieder wiedergewählt, nur mit der Aenderung, daß der bisherige 1. Schriftführer, weil solcher in letzter Zeit immer abwesend sein muß, den Posten des 2. Schriftführers und umgekehrt der bisherige 2. Schriftführer den Posten des 1. Schriftführers übernimmt. Der Vorstand setzt sich demnach wie folgt zusammen: 1. Vors. Otto Fischer, 2. Vors. Hugo Höller, 1. Kassierer Reinhold Friedrich, 2. Alb. Höller, 1. Schriftf. Otto Halverheidt, 2. Max Bohrmann. Der Vorsitzende ermahnte die Mitglieder, treu zusammenzuhalten und die Gesangsproben immer pünktlich zu besuchen, damit es auch im neuen Jahre möglich würde, daß deutsche Lied unter der sicheren, bewährten Stabführung des Dirigenten Lehrer Bohrmann zu pflegen. Es ist geplant, am 2. Osterfeiertag ein Konzert, verbunden mit theatralischen Aufführungen und Ball zu veranstalten. Die Gesangsproben finden wie bisher in der Schule statt, wodurch jegliche Extra-Auslagen für die Mitglieder vermieden werden. Nachdem alle Punkte der Tagesordnung erledigt waren, wurde die Versammlung durch den 1. Vorsitzenden geschlossen.

Kierspe

— **Grippe-Erkrankungen.** In den letzten Tagen hat auch hier die Grippe eine weitere Verbreitung gefunden. Die Fälle waren bisher durchweg leichter Art. Vielleicht wäre es zweckmäßig, die Schulen auf kurze Zeit zu schließen, um der Gefahr der Ansteckung in weitgehendstem Maße vorzubeugen.

Kierspe-Bhf.

— **Der provisorische Vorstand des neugegründeten Obf- und Gartenbauvereins** hielt am vergangenen Samstag in der Pestalozzischule eine weitere Versammlung ab, um die endgültige Vereinsgründung zu vollziehen. Der Besuch war recht gut. Anstelle des verhinderten Vorsitzenden Wilh. Schürfeld eröffnete und leitete Herr Karl Keune die Versammlung. Zunächst wurden einige vom Zentralverband in Münster eingegangenen Schreiben bekanntgegeben. Auch die Rahmenbedingungen des Zentralverbandes als auch der Ortsgruppen wurden verlesen. Die Notwendigkeit der Vereinsgründung wurde allgemein anerkannt und auf die Wichtigkeit und Nützlichkeit eines solchen Vereines verwiesen. Insgesamt erklärten 27 Mitglieder ihren Beitritt, so daß die Gründung des Vereins als endgültig angesehen werden kann. Zum Vorstand wurden gewählt: Karl Keune als 1. Vorsitzender; Lehrer Dietelmeier zum 1. Schriftführer und Albert Bachhaus zum Kassierer. Ferner wählte man je einen Erbkammann und 3 Beisitzer. Der Verein soll den Namen „Obf- und Gartenbauverein für Kierspe-Bhf. und Umgegend“ tragen. Die Monatsversammlungen wurden auf den 2. Samstag im Monat festgelegt und finden in der Pestalozzischule statt.

* **Meinerzhagen.** Die Grippeerkrankungen nehmen zu. Wegen Erkrankung des Lehrers Paulmann mußte die Schule Willershausen geschlossen werden. In der evang. Schule Meinerzhagen fehlten bereits 93 Kinder, und in der Schule zu Wiebelsaat fehlen 60% der Kinder. In Walbert wurde der Unterricht abwechselnd gehalten, da beide Lehrer nacheinander erkrankten.

Lüdenscheid. Sämtliche Schulen geschlossen. Auf Veranlassung des Kreisarztes fällt der Unterricht in sämtlichen Schulen Lüdenscheids infolge der vielfach auftretenden leichten Grippe bis zum 1. Februar einschließlich aus. Falls nichts anderes bekanntgemacht wird, beginnt der Unterricht wieder am Donnerstag, 2. Februar. Die Schließung erfolgt aus schuletechnischen Gründen, weil bei den vielen Erkrankungen — an der Weitschule fehlten gestern früh 262 von 600 Kindern — ein geordneter Unterrichtsbetrieb nicht mehr durchführbar ist. Im allgemeinen verläuft die Grippe gutartig. Sie tritt lawinenartig auf, ganze Familien werden plötzlich von ihr befallen, aber die Krankheit ist meist schon nach zwei bis drei Tagen überstanden. Die sonst vielfach in ihrem Gefolge auftretende Lungenentzündung ist hier nur in einem einzigen Falle bisher zu verzeichnen gewesen.

— **el Dortmund.** Westfälischer Pfarrertag 1933. Wegen der Notzeit ist für die Verhandlungen des Westfälischen Pfarrertages 1933 in Dortmund wie im

Vorjahre nur ein Tag, der 6. Februar, vorgezogen. Er beginnt nach einer üblichen Sitzung des engeren Vorstandes und einer Versammlung des Provinzialausschusses mit einem Vortrag von Dr. Wilhelm Stapel-Hamburg über „Kirche und Volk“. Dr. Stapel hat in letzter Zeit viel von sich reden gemacht durch seine Darlegungen über den christlichen Staatsmann, sodaß eine Auseinandersetzung der Theologenschaft mit seinen Gedanken von jedem Standpunkt aus nahegelegt ist. Im Anschluß an den Jahresbericht, den Pfarrer Clarenbach-Vorgeln nach der Mittagspause gibt, spricht der Präses der westf. Provinzialkirche D. Koch-Dynhauen, wie alljährlich, über die „Kirchenpolitische Lage“. Die Leitung des Westfälischen Pfarrertages liegt in Händen des ersten Vorsitzenden des Westfälischen Pfarrervereins, Superintendent Niederstein-Bochum-Altenbochum.

Nemischeid. Zweimal vor dem Tode bewahrt. Eine hartnäckige Lebensmüde. — Sie wollte von der Müngstener Brücke abspringen. Als gestern nachmittag ein von Schaberg nach Nemischeid fahrender Personenzug ungefähr die Müngstener Brücke erreicht hatte, versuchte ein neunzehnjähriges Mädchen aus Solingen, sich aus ihrem Abteil in die Tiefe zu stürzen. Mitfahrende bemerkten aber die Absicht der Lebensmüden und verhinderten sie rechtzeitig daran ihr Vorhaben auszuführen. In Nemischeider Hauptbahnhof stellten sie das Mädchen unter den Schutz des Bahnhofsvorsteher's. Zur eigenen Sicherheit wurde es vorläufig festgenommen. Als man es wieder freiließ, unternahm es erneut einen Selbstmordversuch. Seine Absicht, sich von einem Zuge überfahren zu lassen, konnte aber wieder vereitelt werden. Darauf nahm die Polizei die Lebensmüde in Schutzhaft.

Nah und Fern

Ein Meisterringer stürzt sich aus dem Hotelzimmer. Der frühere Meisterringer und Europameister August Brylla-Breslau, der sich in den letzten Jahren hauptsächlich als Veranstalter von Berufsringkämpfen betätigte, stürzte sich in Stuttgart, wo er aus Anlaß der Ringkämpfe in der Stadthalle weilte, aus dem Fenster seines Hotelzimmers, das im dritten Stock gelegen war. Er erlitt schwere Verletzungen, denen er wenige Stunden darauf in einem Krankenhaus erlag.

Statt Todesstrafe — fristlose Gefängnisstrafe. Der Mühlenbesitzer Priebe und der aus Danzig stammende Kaufmann Koch, die von einem polnischen Bezirksgericht wegen Spionage zum Tode verurteilt worden waren, wurden vom polnischen Staatspräsidenten auf ein Gnadengefuß hin begnadigt. Die Todesstrafe wurde in eine fristlose Gefängnisstrafe umgewandelt.

Die Mörder des Geistlichen Maslowski in Posen hingerichtet. Die beiden Mörder des Geistlichen Maslowski, der am Abend des 30. Dezember 1932 in unmittelbarer Nähe des Posener Domes erschossen und beraubt wurde, wurden vom Standgericht zum Tode verurteilt. Die Hinrichtung erfolgte durch den Strang.

Großfeuer in einer Erziehungsanstalt. In dem früheren Hotel „Byron“ in Wille Neuve am Genfer See, das jetzt ein Institut zur Erziehung junger Engländer beherbergt, entstand ein Großfeuer, das den dreistöckigen Hauptbau bis auf das untere Stockwerk vollständig einscherte. Das Institut beherbergte etwa 100 Zöglinge. Sämtliche Zöglinge konnten sich rechtzeitig retten. Der Sachschaden soll sich auf eine Million Franken belaufen.

Otto von Habsburg in Berlin. Otto von Habsburg, der älteste Sohn des letzten Kaisers von Österreich, weilte seit einiger Zeit in Begleitung seines Hofmeisters und Lehrers, Graf von Degenfeld, in Berlin, wo er sich auf sein Doktorat für internationales Recht vorbereitet. Er hat an der Universität Löwen studiert. Der Erzherzog reist unter dem Namen eines Herzogs von Bar.



Gedenket der frierenden Tiere!

Gebt ihnen bei dieser Kälte warme Decken, wie der Herr dieser Hunde es getan hat!

Der Londoner Omnibustrast beendet. Der Londoner Omnibustrast ist nach genau einer Woche Dauer zu Ende gegangen. Die 13 000 Angestellten beschlossen nach einer Aufforderung durch ihre Gewerkschaft, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Omnibusgesellschaft hat infolge des Streiks gewisse Zugeständnisse auf die Forderungen der Angestellten in Aussicht gestellt.

Fünfzehn deutsche Kriegerleichen aufgefunden. Bei Feldarbeiten in einem kleinen an der Eisenbahnstrecke Reims-Laon gelegenen Dorfe wurden die Leichen von fünfzehn deutschen und sechs französischen bei den Kämpfen von 1918 gefallenen Soldaten aufgefunden. Die Leichen der deutschen Gefallenen, von denen vier identifiziert werden konnten, sind auf den deutschen Soldatenfriedhof von Loivre übergeführt worden.

Fünf Todesopfer bei einem Hauseinsturz. In der Hafenstadt Biserta (Tunis) stürzte ein durch starke Regenfälle überspültes Eingeborenhaus zusammen und begrub die fünf Einwohner, vier Brüder und ein junges Mädchen, unter den Trümmern. Alle fünf konnten nur noch als Leichen geborgen werden.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 24. Januar.

Italien zu Schuldenverhandlungen in Washington eingeladen. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika hat die italienische Regierung amtlich eingeladen, zum 4. März dieses Jahres ihre Vertreter nach Washington zu entsenden, um die Kriegsschuldenfrage zu besprechen.

Neuer Anschlag auf der Südmannschurischen Bahn. — 16 Tote und Verwundete.

Musden. Das japanische Oberkommando teilt mit, daß in dem Badeort Takanci an der Südmannschurischen Bahn von chinesischen Freischärlern ein Anschlag verübt worden sei. Es wurde ein Personenzug zur Entgleisung gebracht, wobei 16 Personen getötet bzw. verletzt wurden. Fünf Wagen wurden zerstört.

Amerika zu Schuldenverhandlungen mit allen nicht-säumigen Schuldnerländern bereit.

Washington. Amtlich wird bekanntgegeben, daß die Regierung der Vereinigten Staaten bereit sei, nach dem 4. März jederzeit mit allen nicht-säumigen Schuldnerländern Amerikas auf ihren Antrag in Verhandlungen über eine Revision der Schulden einzutreten.

Regierungsrat Cohn gestorben.

Berlin. Regierungsrat Cohn, der lange Jahre in der Presseabteilung der Reichsregierung das Referat Skandinavien hatte, ist plötzlich gestorben.

Erdbeben in der Schweiz.

Basel. Das Observatorium von Neuenburg verzeichnete morgens um 2.43 Uhr ein örtliches Erdbeben, dessen Herd sich in einer Entfernung von 115 Kilometer, wahrscheinlich im Bispertal (ein Seitental der oberen Rhône) befindet. In Interlaken wurde ein ziemlich starkes Erdbeben verspürt. Auch in Lugano machte sich ein bestiger Erdstoß bemerkbar. Im Kiental trat das Beben ebenfalls auf.

Kommunistischer Abgeordneter in Sofia erschossen.

Sofia. Der kommunistische Abgeordnete Traikoff wurde von unbekannten Attentätern in einer dunklen Straße in der Nähe des Parlaments erschossen. Traikoff erhielt fünf Pistolenschüsse in den Kopf. Der Ermordete ist gebürtiger Mazedonier und hat besonderen Anteil an der versuchten Volksbewegung der mazedonischen Emigration in Bulgarien.

Feuer auf einem Motorschiff.

im Hamburger Hafen.

Am Dienstag um 19.30 Uhr ist auf bisher ungeklärte Weise auf dem Motorschiff „Alfa“ am Schuppen 70 A am Greveshof-Ufer ein Feuer ausgebrochen, das mit über- raschender Schnelligkeit um sich griff. Die Feuerwehr arbeitet mit fünf Zügen. Wie verlautet, hat das Schiff eine große Menge Kopra geladen. Man nimmt an, daß der Brandherd innerhalb der Kopraladung liegt.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Nachruf.

Am 23. d. Mts. verstarb nach langem Leiden

Herr Rechtsanwalt

Otto Brenschede

Hauptmann d. R. im Feld.-Art.-Rgt. Nr. 27

Mit dem Verstorbenen verlieren wir einen lieben Waffengefährten mit edler echt kameradschaftlicher Gesinnung. Mit großem Eifer hat sich der Verstorbene stets unserer Sache gewidmet und regen Anteil genommen an den Vorbereitungen zur festlichen Begehung der 100jährigen Wiederkehr des Gründungstages unseres ruhmreichen Regiments im September ds. Jrs. Es sollte ihm nicht vergönnt sein, diesen Ehrentag mitzuerleben.

Sein Andenken wird bei uns stets in Ehren gehalten werden.

Vereinigung ehem. Angehöriger des Feld.-Art.-Regmts. Nr. 27

Halver und Umgegend.

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge Ortsgruppe Kierspe.

Wir beehren uns, unsere Mitglieder zu einer

Hauptversammlung

einuladen, die am Samstag, den 28. 1. 33 18 Uhr, in der Pestalozzischule zu Kierspe-Bhl. stattfindet.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht.
2. Abnahme der Rechnung für 1932.
3. Haushaltsplan für 1933.
4. Bestellung von Vertrauensleuten für die einzelnen Bezirke.
5. Verschiedenes.

Der Vorstand:

J. A.:

Hilfsbrandt.

Briefpapier

lose und in Kartons

Wilh. Bell Jr., Halver.

Freiw. Feuerwehr Buschhausen.

Sonntag, den 29. Januar 1933,

in der „Sommerfrische Buschhausen“

JAHRESFEST

Es gelangen musikalische und theatralische Darbietungen zur Aufführung.

Anschließend T A N Z.

Salonorchester Becker. Beginn 4 Uhr.

Um zahlreichen Besuch bittet:

DER VORSTAND.

Die passiven Mitglieder sind herzl. eingeladen

Warum husten Sie noch?

Viele bewährte Mittel gegen Husten. Heiserkeit, bei Erkrankung der Atmungsorgane empfiehlt:

Drogerie Carl Baukloh, Kierspe-Bhl.

Ber. Turn- u. Spielvereine Halver e. V.

Einladung zur Jahres-Haupt-Versammlung

am Sonntag, den 29. ds. Mts., 17 Uhr im Vereinslokal Fasbender.

Tagesordnung:

1. Aufnahmen.
2. Jahresbericht.
3. Kassenbericht.
4. Wahlen.
5. Verschiedenes

Vollständige Beteiligung

erbittet

der Turnrat.

Jede Woche Freitag

erhalte ich hochtragende

und frischmelke

Rühe

Hugo Kerspe, Halver.

Kölner Effektennotierungen vom 24. Januar.

(* = kein Angebot, keine Nachfrage. — = Notiz nicht zustande gekommen.)

Basalt Linz 16	Schudert 87
Bonner Berg —	Stollwerck 42
Deutsche Erdöl —	Commerzbank 53 1/2
F. G. Farben 102 1/2	Reichsbank 158 1/2
Gesellschaftener —	Wianz 208
Mannesmann 61	Colonia Rück 220

Amtlicher Preisbericht der Kölner Produktenbörse.

Köln, 24. Januar.

Es bedeutet Mg. Roggen, F. Futter, W. Winter

Sommer.

Ware	Preis	Ware	Preis
Weizen rhein. 74 Mg	19,50	Weizenfl. Roggenfl.	7,75—9,50
Weizen ausl. 23,75—24,25		Vierteiler	7,00—7,50
Roggen rhein. 70—71 Mg	15,75	Reinf. 38 Pr.	10,75—11,00
Roggen nordd. 18,25—18,50		Erdnussöl	1,100—1,25
Roggen ausl. 22,50—23,00		50 Pr.	10,90—11,25
Safer hiesiger	—	64	11,90—12,25
Safer nordd.	—	Schafsch.	—
Safer ausl.	—	46 Pr.	10,20—10,50
R. Gerste ausl.	16,75—17,00	Rapsl. 48 Pr.	8,75
W. Gerste ausl.	17,00—18,00	Baumfarnf. l.	9,75—10,00
S. Gerste inl.	19,25—19,50	Erdnussöl l.	7,75
Mais grober	21,50	Ruderschn. l.	8,70—9,20
Mais feiner	26,00—26,50	Rohmelasse	7,75—8,75
Weizenmehl inländ.	26,00—26,50	Wiese n. heu inl.	—
Rhein-Weizenbäckermehl m. Auslandschw.	26,25—27,00	l. ne gepreß	5,00—5,60
70 Pr. inl.	21,50—22,75	Rechen inl.	—
länd. Roggen	23,25	l. ne gepreß	6,40—7,20
Roggenstroh	19,00	ausländisches	—
ausländ. fisch	20,50—20,75	Roggenfir	1,40—1,50
		gepr neu	1,35—1,40
		Saferstroh	1,35—1,45
		gepr	—

Stimmungsbericht: Landweizen etwas schwächer, aber Roggen preisstark, Futtermittel fester und besser gefragt.

Kölner Butternotierungen vom 24. Januar.

Butter (inländische) Erzeugerpreis für 100 Kilo Gramm ab Verladestation ohne Verpackung. 1. Qualität 204, 2. Qualität 188, 3. Qualität 174. Tendenz: Fest.

Kölner Kartoffelnotierungen vom 24. Januar.

Rheinische runde gelbe Kartoffeln 1. Qualität (Industrie) 2,20, do 2. Qualität (Industrie) 2,10, norddeutsche runde gelbe Kartoffeln 1. Qualität (Industrie) 2,10, norddeutsche lange gelbe (Mieren) Kartoffeln 2,60, rheinische und pilsische Industrie-Kartoffeln 2,00 Markt.

Eine Frage

die eigentlich keiner Erörterung bedarf, ist die: Wo inseriere ich am zweckmäßigsten? Selbstredend in dem Allgemeinen Anzeiger, Schalksmüller General-Anzeiger und dem Breckerfelder Tageblatt.



Wilh. Bell Jr.
Buchdruckerei
Halver (Westf.)

Ich liefere Drucksachen

sauber, schnell und preiswert für Geschäfts- u. Privatbedarf, Kataloge, Preislisten, Dissertationen, Broschüren, Festschriften, Briefbogen, Rechnungen, Programme, Trauerbriefe u. -Karten sowie sämtliche Formulare für Behörden.